

newsletter

verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	2
Gesundheit / Ernährung	3
Telekommunikation / Medien / Internet	4
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	5
Terminvorschau	5

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Neue Verhandlungsrunde zu transatlantischem Freihandelsabkommen (TTIP)

Vom 20. bis 24. April 2015 kommen die europäischen und amerikanischen Verhandlungsführer zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) in New York erneut zusammen. Dabei geht es insbesondere um die Absenkung von Zöllen, eine Annäherung von Standards im Maschinen- und Anlagenbau, Energie- und Rohstofffragen, Dienstleistungen, Öffentliches Beschaffungswesen, Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit und den Agrarsektor mit dem Schutz für geographische Kennzeichnungen. Ausgenommen von den Verhandlungen ist das Thema Investorenschutz durch Schiedsgerichte. Am 23. April 2015 werden die Verhandlungsführer ihre Ansichten mit interessierten Akteuren austauschen. Zum Abschluss der Verhandlungsrunde am 24. April 2015 findet eine Pressekonferenz der Chefunterschiedler beider Seiten statt.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13240_de.htm

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/events/index.cfm?id=1287>

2. Neuer Zeitplan für Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) im Europäischen Parlament

Der Ausschuss für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments befasste sich am 14. April 2015 mit 898 Änderungsanträgen zu einem Zwischenbericht zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Der Ausschussvorsitzende Bernd Lange (SPD) wies auf vier Bereiche hin, bei denen die Meinungen im Ausschuss geteilt sind. Dies seien der Datenschutz, die Liste der zu liberalisierenden Dienstleistungen, Umweltbelange und Investorenschutz.

Sechs von vierzehn beteiligten Parlamentsausschüssen haben bereits ihr Votum abgegeben. Dies sind der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, die Ausschüsse für Kultur, Landwirtschaft, Petitionen sowie der Verfassungsausschuss und der Rechtsausschuss. Letzterer ist u.a. zuständig für die Frage nach dem Investorenschutz durch Schiedsgerichte. Im Ausschuss gab es bei der Verabschiedung des Berichts jedoch keine Mehrheit für die Forderung einer solchen Schiedsgerichtbarkeit. Die Abstimmung im federführenden Ausschuss für internationalen Handel ist auf den 28. Mai 2015 verschoben worden. Das Plenum wird voraussichtlich im Juni 2015 abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150413|PR41619/html/TTIP-MEPs-differ-on-safeguards-for-data-services-environment-and-investment>

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

*Berichtszeitraum
30. März bis 19. April 2015*

Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin*

*Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de*

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Weniger Biotreibstoffe vom Acker

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments billigte am 14. April 2015 den mit dem EU-Ministerrat gefundenen Kompromiss zur Begrenzung des Beimischungsgebots für herkömmliche Biotreibstoffe. Nach geltendem Recht muss bis 2020 der Anteil von Biotreibstoffen 10 Prozent betragen. Der Kompromiss sieht eine Begrenzung des Anteils herkömmlicher Biotreibstoffe wie etwa Rapsöl auf 7 Prozent vor. Das Europäische Parlament hatte ursprünglich 6 Prozent gefordert. Mit den neuen Regeln soll die Nutzung von alternativen Kraftstoffen aus Algen und Abfall gefördert werden. Das Plenum des Europäischen Parlaments wird im April abstimmen.

http://www.euractiv.com/sections/energy/eu-reaches-tentative-deal-cap-food-based-biofuels-313489?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=c81ee34f66-newsletter_daily_update&utm_medium=email&utm_term=o_bab5foea4e-c81ee34f66-245337597

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150413IPR41649/html/Environment-committee-backs-compromise-on-cleaner-biofuels>

2. EU-Kommission genehmigt Förderung von 20 Offshore-Windparks in Deutschland

Die EU-Kommission hat am 16. April 2015 festgestellt, dass die deutschen Pläne zur Förderung von 20 Offshore-Windparks im Einklang mit den EU-Beihilfevorschriften stehen. 17 Windparks sind in der Nordsee und drei in der Ostsee vorgesehen. Alle Windparks sollen bis spätestens Ende 2019 mit der Stromerzeugung beginnen. Sie sollen jährlich insgesamt 28 Terawattstunden (TWh) Strom erzeugen, was nahezu 13 Prozent des im Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie aufgeführten Szenarios für erneuerbare Energien in Deutschland im Jahr 2020 entspricht.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13238_de.htm

3. Europäische Union begrenzt Einsatz von leichten Einweg-Plastiktüten

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments billigte am 31. März 2015 einen Vorschlag für einen Rechtsakt zur Reduzierung der Zahl von Plastiktüten in Europa. Der Vorschlag entspricht dem mit den Unterhändlern des EU-Ministerrats am 17. November 2014 gefundenen Kompromiss. Danach haben die EU-Mitgliedstaaten die Wahl, ob sie ein verbindliches Ziel zur Minderung des Verbrauchs auf 90 Tüten pro Person ab 31. Dezember 2019 und 40 Tüten ab 31. Dezember 2025 vorschreiben oder ob sie ab 31. Dezember 2018 eine Gebühr für den Gebrauch von Plastiktüten einführen. Die Neuregelung betrifft Einweg-Plastiktüten, die Verbraucher in vielen Geschäften kostenlos an der Kasse erhalten. Ganz dünne Plastiktüten, wie sie etwa an der Gemüsetheke verwendet werden, können die Mitgliedstaaten von den Regelungen ausnehmen.

Der EU-Ministerrat hat den Vorschlag bereits am 2. März 2015 gebilligt. Damit steht nur noch die Zustimmung des Plenums des Europäischen Parlaments aus.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150328STO38904/html/EU-begrenzt-Nutzung-von-leichten-Plastikt%C3%BCten>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=de&f=ST%205094%202015%20INIT>

Finanzdienstleistungen

1. Maßnahmen gegen Manipulation von Referenz-Zinssätzen

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments stimmte am 31. März 2015 für strengere Regeln zur Festsetzung von Referenzzinssätzen. Damit sollen Manipulationen von Zinssätzen wie dem Libor oder dem Euribor verhindert werden. Hierzu gehört die Einsetzung eines Aufsichtsgremiums unter Beteiligung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA).

Der Libor (Abkürzung für „London Interbank Offered Rate“) ist der Zinssatz zu dem international tätige Großbanken Geldgeschäfte in London abschließen. Der Euribor (Abkürzung für „Euro

Interbank Offered Rate“) ist der Zinssatz zu dem sich Banken im Euro-Währungsgebiet untereinander Geld leihen. Diese Zinssätze werden täglich von den daran beteiligten Banken festgelegt. Von ihrer Höhe sind Haus- und Verbraucherkredite, aber auch andere Finanzprodukte abhängig. Im Sommer 2012 hatte es einen Skandal um die Manipulierung dieser Zinssätze gegeben.

Das Votum des Ausschusses muss noch vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt werden. Danach sollen mit dem EU-Ministerrat Gespräche über eine Einigung zu dem geplanten Rechtsakt geführt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150330IPR39136/html/Economic-affairs-MEPs-target-conflicts-of-interest-in-benchmark-setting>

2. Dritter Verbraucherschutztag der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden am 3. Juni 2015 in Frankfurt

Der Gemeinsame Ausschuss der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden EBA (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), ESMA (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde) und EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) gab am 1. April 2015 das Programm für den dritten Verbraucherschutztag am 3. Juni 2015 in Frankfurt bekannt. Teilnehmern können nur geladene Gäste. Dies sind Vertreter von Verbraucherverbänden, Anlegerorganisationen, Aufsichtsbehörden und europäischen Institutionen, sowie Wissenschaftler und führende Marktteilnehmer.

<http://www.eba.europa.eu/-/joint-committee-of-esas-to-hold-consumer-protection-day-2015>

<https://eiopa.europa.eu/Pages/Events/Joint-ESAs-Consumer-Protection-Day-Programme.aspx>

Gesundheit / Ernährung

1. Mehr Transparenz bei Herkunft von Fleisch

Seit dem 1. April 2015 muss bei frischem, gekühltem oder tiefgekühltem Fleisch ausgewiesen werden, wo das Tier aufgezogen und geschlachtet wurde. Das gilt nach einer EU-Verordnung für

Schweine-, Ziegen-, Geflügel- und Lammfleisch. Für Rindfleisch gilt diese Bestimmung schon seit 2002. Auf verpacktem Fleisch müssen künftig das Ursprungsland der Aufzucht und der Ort der Schlachtung der Tiere aufgeführt sein. Mit Ursprungsland ist das Land gemeint, in dem das Fleischerzeugnis vollständig gewonnen oder hergestellt wurde. Sollten mehrere Länder an der Herstellung des Lebensmittels beteiligt sein, muss das Ursprungsland angegeben werden, in dem das Fleisch die letzte wesentliche und wirtschaftlich gerechtfertigte Be- oder Verarbeitung erfuhr.

Die Mitgliedstaaten entscheiden, ob sie diese Kennzeichnung auch für nicht verpacktes Fleisch verpflichtend einführen. Fertigprodukte, die Fleisch enthalten, müssen nicht gekennzeichnet werden.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) kritisiert die Regelung als unzureichend. In einem Gespräch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung forderte Sophie Herr, Leiterin des Bereichs Lebensmittel, die Dokumentation von Aufzucht und Schlachtung auch auf Fleisch, das als Zutat in verarbeiteten Lebensmitteln verwendet wird, zu erweitern. Sie appellierte an die EU-Kommission, den Weg frei zu machen für eine europaweit einheitliche und umfassende Kennzeichnung bei Fleisch.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13216_de.htm

<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/562004/verbraucherschutz-r-kennzeichnung-von-fleisch-ausweiten>

2. Taschenleitfaden für Verbraucher zu Kennzeichen für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur

Seit dem 13. Dezember 2014 gelten in der Europäischen Union für alle Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur, die für Verbraucher bestimmt sind, neue Kennzeichnungsvorschriften. Um Verbrauchern dabei zu helfen, sich auf den Etiketten besser zurechtzufinden, hat die EU-Kommission eine 16-seitige Broschüre herausgebracht, die über die angegebene Webseite kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden kann. Darin erfährt man, welche Angaben über Herkunft und Fangmethode künftig verpflichtend sind, welche freiwillig gemacht werden können und wo die einzelnen Informationen auf den Etiketten stehen müssen.

http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE/-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=KLo714010

3. Ausschuss des Europäischen Parlaments fordert bessere Kennzeichnung alkoholischer Getränke

Der Ausschuss für Umweltfragen, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments hat am 31. März 2015 einen Entschließungsantrag zur Strategie gegen Alkoholmissbrauch angenommen. Der Ausschuss fordert die EU-Kommission auf, bis Jahresende einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorzulegen. Außerdem fordert er die EU-Kommission nachdrücklich auf, einen Bericht zu erstellen, in dem beurteilt wird, ob die Verpflichtung, Angaben zu Inhaltsstoffen und Nährwert bereitzustellen, künftig auch für alkoholische Getränke gelten sollte. Zudem sollte es Warnhinweise für Alkohol am Steuer und für schwangere Frauen geben.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/envi/re/1045/1045804/1045804de.pdf (Entwurf der Entschließung)

http://ec.europa.eu/health/alcohol/policy/index_de.htm (EU-Alkoholstrategie)

4. Höhere Qualitäts- und Sicherheitsstandards für menschliches Gewebe und Zellen

Die EU-Kommission hat am 9. April 2015 neue Regeln für hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards für menschliches Gewebe und Zellen angenommen. Damit soll die Sicherheit der Patienten verbessert werden. Zellen und Gewebe müssen klar und einheitlich kodiert werden, um, wenn notwendig, alle Empfänger von Gewebe oder Zellen eines bestimmten Spenders schnell aufzufinden und gegebenenfalls behandeln zu können. Zum anderen sichern die neuen Vorgaben, dass aus Drittländern importiertes menschliches Gewebe denselben Qualitäts- und Sicherheitsstandards unterliegt wie in der Europäischen Union gewonnenes.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13223_de.htm

5. Obst, Gemüse und Milch für Schulkinder

Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments billigte am 14. April 2015 eine Beihil-

ferregelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen. Das Plenum wird voraussichtlich im Juni zustimmen. Erforderlich ist noch die Zustimmung des EU-Ministerrats.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150413STO41754/html/Obst-Gem%C3%BCse-und-Milch-f%C3%BCr-Schulkinder>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150414IPR41819/html/Milk-and-fruit-in-schools-agriculture-MEPs-promote-healthy-eating>

6. Qualität von „Fränkischem Grünkern“ anerkannt

Die EU-Kommission hat den „Fränkischen Grünkern“ in die Liste der geschützten Ursprungsbezeichnungen (g.U.) aufgenommen. Das Getreide wird mit traditionellen Verfahren ausschließlich im Hohenlohekreis, Main-Tauber-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis in Baden-Württemberg sowie in den Landkreisen Miltenberg und Würzburg in Bayern hergestellt. Fränkischer Grünkern ist das unreif geerntete und getrocknete Korn des Dinkels. Durch anschließendes Trocknen (Darren) über einem Buchenfeuer, wird Fränkischer Grünkern haltbar und erhält sein typisches Aroma.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13221_de.htm

Telekommunikation / Medien / Internet

Digitaler Binnenmarkt nutzt Verbrauchern

Der für den digitalen Binnenmarkt zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip äußerte sich am 14. April 2015 zu der für die am 6. Mai 2015 angekündigten digitalen Agenda der EU-Kommission. Hierbei gehe es um Europas Zukunft, aber auch um greifbare Vorteile für die Verbraucher. Beim Wegfall der Hindernisse für einen grenzüberschreitenden Online-Einkauf könnten die Verbraucher jährlich 11,7 Milliarden Euro sparen. Dies erfordere die Schaffung einer geeigneten Infrastruktur.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-4770_en.htm

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. EU-Kommission verschärft Gangart gegenüber Google

Die EU-Kommission hat am 15. April 2015 Google eine Mitteilung der Beschwerdepunkte übermittelt, in der sie dem Unternehmen einen Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung bei Internet-Suchdiensten vorwirft. Google habe seinen eigenen Preisvergleichsdienst (Google Shopping) auf seinen allgemeinen Suchergebnissen systematisch bevorzugt. Nach vorläufiger Auffassung der EU-Kommission verstößt dieses Verhalten gegen EU-Kartellrecht, da es den Wettbewerb behindert und Verbrauchern schadet.

Darüber hinaus hat die EU-Kommission förmlich eine getrennte kartellrechtliche Untersuchung des Verhaltens von Google hinsichtlich des Betriebssystems für mobile Geräte - Android - eingeleitet. Hierbei geht es darum, ob Google in Bezug auf Betriebssysteme, Anwendungen und Dienste für intelligente Mobilgeräte wettbewerbswidrige Vereinbarungen getroffen oder eine etwaige marktbeherrschende Stellung missbräuchlich ausgenutzt hat.

Die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager erklärte dazu: „Ziel der Kommission ist es, durch Anwendung der EU-Kartellvorschriften dafür zu sorgen, dass die in Europa tätigen Unternehmen, wo auch immer sie ihren Sitz haben, die Auswahl für die Verbraucher in Europa nicht künstlich einschränken oder Innovation bremsen.“

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4780_de.htm

2. Europäische Zentralbank hält an Maßnahmen zur Senkung des Zinsniveaus fest

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) bestätigte am 15. April 2015 den Leitzins von 0,05 Prozent. Zu diesem Zinssatz erhalten die Banken unbegrenzt Geld („Liquidität“) von der Zentralbank. Eine Leitzinserhöhung ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Einlagen der Banken bei der EZB werden weiterhin mit einem Strafzins von 0,2 Prozent belegt. Hierdurch soll die Kreditvergabe an Unternehmen und Verbraucher angeregt werden.

Die EZB bemüht sich vor allem, die am Niveau der Verbraucherpreise gemessene Inflation ihrem Stabilitätsziel von unter aber nahe zwei Prozent anzunähern. Im März betrug die Inflation minus 0,1 Prozent, nach minus 0,3 Prozent im Februar und minus 0,6 Prozent im Januar 2015. Wichtigste Maßnahme der EZB ist der ab 9. März 2015 eingeleitete massive Ankauf von Staatsanleihen. Zusammen mit dem laufenden Ankauf von Wertpapieren sollen mindestens bis September 2016 Monat für Monat 60 Milliarden Euro in die Finanzmärkte gepumpt werden. Die EZB bekräftigte, dass dieses Programm trotz der sich abzeichnenden Erholung voll durchgezogen werden solle. Es habe bereits zu einer weiteren Senkung des Zinsniveaus geführt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr150415.de.html>

<https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2015/html/is150415.de.html>

<https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2015/html/is150415.en.html#qa> (Q&A)

Terminvorschau

Rat

Rat Landwirtschaft und Fischerei (20. April 2015)

Festlegung eines Mehrjahresplans für die Bestände von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee; Berichte über die obligatorische Angabe des Ursprungslands oder Herkunftsorts von Milch und Milcherzeugnissen sowie von bestimmten Arten von Fleisch, unverarbeiteten Lebensmitteln und Erzeugnissen aus einfachen Zutaten (Informationen der Kommission); Auswirkungen des russischen Exportverbots auf die Agrarerzeugnisse der EU (Information der Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (20. April 2015)

Datenschutz bei Tätigkeiten der Strafverfolgungsbehörden.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (20. April 2015)

Zugang zu Websites öffentlicher Stellen.

Ratsarbeitsgruppe „Luftverkehr“ (20. April 2015)

Revision der Fluggastrechteverordnung.

Informelles Treffen der Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit (20. bis 22. April 2015)

Die Gesundheitsminister werden die Beteiligung der Industrie in der gemeinsamen EU-Politik und die Entwicklung der EU-Politik zu Alkohol und Ernährung besprechen.

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (21. April 2015)

„Wohlstand ohne Gesundheit ist nichts“ – Vision für lettische Gesundheitsplattform 2065.

Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (21. April 2015)

Datenschutzgrundverordnung (Kapitel VIII).

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (21. April 2015)

Prüfung von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Energieunion; Internationale Beziehungen im Bereich Energie.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (21. April 2015)

Netzwerk- und Informationssicherheit.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (21. April 2015)

Liberalisierung des Schienenpersonenverkehrs.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (22. April 2015)

Binnenmarkt für elektronische Kommunikation (Debriefing über informellen Trilog); Viertes Eisenbahnpaket; Revision des europäischen Markensystems; Vertrag von Marrakesch über Urheberrechtsausnahmen zugunsten von sehbehinderten Personen.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (23. April 2015)

Liberalisierung des Schienenpersonenverkehrs.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (24. April 2015)

Binnenmarkt für elektronische Kommunikation.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (28. April 2015)

Versicherungsvermittlung.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (20. April 2015)

Öffentliche Anhörung zum Thema „Der Energiebinnenmarkt als Säule der Energieunion“.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (23. April 2015.)

Für eine florierende datengesteuerte Wirtschaft; Für eine bessere Regulierung des Binnenmarkts; Handel mit Robbenerzeugnissen.

Plenum (27. bis 30. April 2015)

Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten; Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen und Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen; Einführung des bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen; Strategie gegen Alkoholmissbrauch (Anfrage); Der europäische Film im digitalen Zeitalter; Geldmarktfonds.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (22./23. April 2015)

Debatte über die Energieunion im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Stellungnahme hierzu mit Kommissionsvizepräsident Maroš ŠEFČOVIČ; Debatte über die Handelspolitik und die TTIP in Verbindung mit der Verabschiedung der Stellungnahme hierzu mit Kommissarin Cecilia MALMSTRÖM; Stärkung des EU-Binnenmarkts durch Verknüpfung von Biomedizintechnik mit ärztlichen Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung (Initiativstellungnahme); EU-Städteagenda; Anlegerschutz und Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat in Handels- und Investitionsabkommen der EU mit Drittländern (Initiativstellungnahme);

Entwicklung des im Rahmen der Klima- und Energiepolitik bis 2030 vorgeschlagenen Governance-Systems (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen der Europäischen Kommission); Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Fortschritte und Herausforderungen (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des Europäischen Parlaments); Auswirkungen der Klima- und Energiepolitik auf die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des lettischen Ratsvorsitzes).

Fachgruppe Außenbeziehungen (28. April 2015)

Stellungnahme „Anlegerschutz und Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat in Handels- und Investitionsabkommen der EU mit Drittländern“.

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion und Verbrauch (29. April 2015)

Aussprache zum Thema „Wirtschaft der Teilung“ unter Beteiligung von Damien Demailly (Institut du développement durable et des relations internationales, IDDRI, Paris) und Bonifacio Garcia Porras (EU-Kommission, DG GROW) – noch zu bestätigen.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (29. April 2015)

Überprüfung der Richtlinie über audio-visuelle Mediendienste.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-260/13 (23. April 2015)

Fahrerlaubnisentzug im Ausland.

Urteil in der Rechtssache C-227/14 (23. April 2015)

LCD-Bildschirme-Kartell.

Urteil in der Rechtssache C-96/14 (23. April 2015)

Missbräuchliche Klauseln in Versicherungsverträgen.

Urteil in der Rechtssache C-51/13 (29. April 2015)

Vorvertragliche Informationspflicht bei Lebensversicherung mit Kapitalanlagekomponente.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)